

5./X. 1917

Für und wider die Einheitschule.

Die sogenannte „Einheitschule“ war gestern Abend Gegenstand ausführlicher Besprechung in einem Kreise von Psychologen und Schulmännern in der „Psychologischen Gesellschaft“, die im Fremdenheim „Atlas“ an der Weidendammer Brücke tagte. Parteipolitische Gesichtspunkte blieben dabei ganz aus dem Spiele. Der Hauptredner, Oberlehrer Wilhelm, beleuchtete vielmehr die Forderung der Einheitschule lediglich psychologisch und pädagogisch. Nicht an vergangenen Idealen und Forderungen wollte er dabei die Gründe für die Einheitschule beurteilt wissen, sondern nach den Erfordernissen der Gegenwart. Von hier aus aber kam er zu einer Ablehnung der Einheitschule. Was er zugestand, war nur die Preisgabe der Vorschule an den höheren Knabenschulen, und zwar lediglich aus pädagogischen Erwägungen. Weiter wollte er nicht gehen, kam vielmehr zu dem Ergebnis, daß die Einheitschule nicht nur kein Fortschritt, sondern ein Rückschritt sein würde. Er legte das eingehend dar. Der Aufstieg der Begabten, der selbstverständlich mit aller Kraft gefördert werden muß, lasse sich auch erreichen, ohne daß erst unser Schulwesen in eine solche Umsturzbewegung hineingerissen werden müßte. Freilich solle man wohl unterscheiden, daß — wie die Erfahrung oft und deutlich beweist — Schulbegabung noch nicht Lebensbegabung und Schultüchtigkeit noch nicht Lebenstüchtigkeit ist. Die positive Auslese der Begabten müsse daher mit Vorsicht geschehen, dann den unbestimmtesten Ausgelesenen aber nachdrückliche Hilfe zuteil werden (Freistellen, Unterhaltsgelder und sonstige Beihilfen). Die negative Auslese müsse zum Wohle der Eltern und Kinder und der Schule gründlich geschehen. Für die allermeisten wäre die Mittelschule genügend, die das Einjährigzeugnis zu erteilen hätte. Die Möglichkeiten des Ueberganges von den niederen zu den höheren Anstalten müßten sehr ausgebaut werden. Es müßte allgemeine Erkenntnis werden, daß die Forderung: Recht auf gleiche Bildung richtig lauten müßte: gleiches Recht auf Bildung, so weit, wie es die Kräfte des Betreffenden zulassen und ihn selbst dem Staate gegenüber verpflichten.

Den Standpunkt der Freunde der Einheitschule vertrat demgegenüber Rektor Rother, der allen den dafür geltend gemachten bekannten Gründen die Gründe sozialer Art voranstellte, aus denen heraus allein schon man zu der Forderung der Einheitschule kommen müßte und die auch dieser Forderung zum Siege verhelfen würden. Wenn man auf der einen Seite eine Landschule sehe, in der ein Lehrer einklassig etwa 120 Kinder, Knaben und Mädchen aller Jahrgänge, unterrichte und auf der andern Seite ein Gymnasium in der Stadt, wo in einer Prima für zuweisen 7 Schüler 7 Lehrer tätig sind — so sei das eine gar zu große Ungerechtigkeit. Dieser soziale Grund für die Einheitschule sei so stark, daß er nicht unbeachtet bleiben könne.

Demgegenüber verblieb die Gegenseite bei ihrer psychologischen und pädagogischen Verurteilung der Einheitschule und dem Hinweis, daß die Forderung der Begabten ohne diesen Umsturz geschehen könne.

Pf.